Nevermann , Malte

Petersen , Tanja

Gäste

Müller , Hans

Politik

Rösener , Armin

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 24.02.2016
4. Stadtverkehr Rendsburg öffentlich
6. Verknüpfung Bus-Bahn
7. Ausschreibung Überlandverkehre
8. Abschluss des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg VO/2015/538-001
9. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Er begrüßte insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens T. H. Sievers und schlug vor, die Tagesordnungspunkte „Stadtverkehr Rendsburg öffentlich“ als TOP 4 und „Stadtverkehr Rendsburg nichtöffentlich“ als TOP 5 hinzuzufügen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben. Anschließend könnte bei Bedarf noch einmal die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden, falls weiterer Gesprächsbedarf zum Thema Stadtverkehr bestehen sollte.

Die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung wurde sodann einstimmig beschlossen.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurden keine Fragen gestellt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 24.02.2016

Gegen die Niederschrift zur Sitzung am 24.02.2016 bestanden keine Einwände, sodass diese einstimmig beschlossen wurde.

zu 4 Stadtverkehr Rendsburg öffentlich

Der Vorsitzende Herr Albrecht verlas in Abstimmung mit der Verwaltung folgende Erklärung:

„Sehr geehrte Mitarbeiter von TH Sievers und Gewerkschaftsvertreter, Sie sind heute hier in den Ausschuss gekommen, weil Sie sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen. Diese Sorgen verstehe ich und versteht jedes Mitglied hier im Ausschuss voll und ganz.

Der Ausschuss selbst hat im letzten Jahr beschlossen, dass alle Mitarbeiter bei einem möglichen Betreiberwechsel ein Übernahmeangebot erhalten müssen. Dieses ist auch in der Ausschreibung so formuliert worden. Das habe ich Herrn Horn auch so kommuniziert.

Leider ist im Ausschreibungsverfahren eine Rüge bezüglich genau dieses Passus erhoben worden.

Nach rechtlicher Prüfung hat sich dann herausgestellt, dass es ein Problem darstellt, dass das Unternehmen TH Sievers halt nicht nur aus T.H. Sievers Stadtverkehr besteht, sondern auch sogenannten „Gelegenheitsverkehr“ bedient und auch Dienstleistungen für andere Unternehmen erbringt.

Die Bieter auf diese Ausschreibung können rein rechtlich nicht dazu verpflichtet werden, auch das Personal zu übernehmen, das nicht originär für den Stadtverkehr zuständig ist.

Um es mal ganz platt zu sagen und die rechtliche Beurteilung für jeden zu verdeutlichen, worum es hier geht: Sollte TH Sievers beispielsweise auch noch ein Lebensmittelgeschäft in Rendsburg betreiben, dann könnten diese Mitarbeiter auch nicht in das Übernahmeangebot einbezogen werden. Der Kreis musste deshalb eine Zuordnung für den Stadtverkehr vornehmen und eine eindeutige Zuordnung ist leider nur bei 35 Mitarbeitern möglich. Im Übrigen gibt es auch Rechtsexperten, die das Angebot eines Arbeitsvertrages für gänzlich auszuschließen halten, da es sich hierbei um vergabefremde Umstände handelt. Der Kreis hat sich aber dazu entschlossen, an die absolute Grenze dessen zu gehen, was rechtlich möglich ist. Und diese absolute Grenze bedeutet, dieses zwingende Angebot auf eben diese 35 Personen zu reduzieren. Wir dürfen nämlich nicht zulassen, dass der Kreis an dieser Stelle einen Rechtsverstoß begeht und dann womöglich in einem Vergabeprozess unterliegt.

Meine persönliche Einschätzung ist es, dass ein unterlegener Bieter diese Ausschreibung eh von der Vergabekammer überprüfen lassen wird. Auch weil wir eine neue Rechtsvorschrift anwenden müssen, die noch nicht gänzlich ausgeurteilt ist. Diese Vergabe ist für alle Neuland: Für die Verwaltung, für den jetzigen Konzessionsinhaber, für die übrigen Bieter und auch für die möglicherweise noch einbezogene Vergabekammer. Insofern ist es umso wichtiger, dieses Vergabeverfahren sauber durchzuführen, damit der Kreis auch in den nächsten Jahren im Raum Rendsburg einen so guten Stadtverkehr vorhalten kann.

Für die Mitarbeiter des Unternehmens TH Sievers, die sich jetzt in dieser Hängepartie befinden, habe ich dabei vollstes Verständnis und kann Ihre Sorgen gut verstehen. Unser Bestreben ist es, dass so schnell wie möglich der Zuschlag nach sorgfältiger Prüfung erteilt werden kann, damit Sie so schnell wie möglich wissen, woran Sie sind. Sollte TH Sievers, mit denen wir im Übrigen in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer sprichwörtlich „gut gefahren“ sind, das Rennen machen, dann waren Ihre Sorgen unbegründet. Leider jedoch ist der Kreis an dieser Stelle nicht mehr Herr des Verfahrens!“

Der Vorsitzende erklärte, dass es im Vorwege der Sitzung ein Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern gegeben habe, um den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen einen maximalen Beschäftigungsschutz zu ermöglichen.

Herr Tretbar-Endres stellte die Frage, warum die Übernahme der Busfahrer nur zu einem Anteil von 35 zu 39 in der Ausschreibung gesichert sei und nicht auch Angestellte, z. B. aus der Werkstatt oder Reinigung, berücksichtigt seien. Außerdem bat er um eine Stellungnahme, ob bei einem Beschäftigungsübergang Rendsburg als Beschäftigungsort nicht gesichert sei.

Die Verwaltung, vertreten durch Herrn Dr. Kruse und Herrn Nevermann antwortete, dass der Kreis durch rechtliche Vorgaben nur die unmittelbar im Stadtverkehr beschäftigten Personen in der Ausschreibung als übernahmepflichtig definieren dürfe. Die Verwaltung sei dabei unter Hinzuziehung eines Anwalts an die Grenze des rechtlich Machbaren gegangen. Die derzeitige Tarifvereinbarung sei auch nach einem Beschäftigungsübergang bindend. Mit der Fragestellung, ob eine Beschäftigung außerhalb des Rendsburger Stadtgebiets bei einem Unternehmensübergang von den Beschäftigten zu akzeptieren sei, werde sich die Verwaltung noch einmal befassen und die Antwort neben der Aufnahme im Protokoll dem Betriebsrat der Fa. T. H. Sievers zusenden.

Herr Horn teilte mit, dass eine Kündigung zum 31.12.2016 bereits jetzt erforderlich gewesen sei, weil es durch die langjährigen Beschäftigungsverhältnisse lange Kündigungszeiten gebe.

zu 6 Verknüpfung Bus-Bahn

Herr Nevermann führte in die Thematik ein und erläuterte, dass die bessere Verknüpfung von Bus- und Bahnangeboten auch innerhalb des Masterplanes Mobilität sowie der Neuaufstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes des Kreises ein wichtiges Thema sein werde. Im Folgenden gab Frau Borchert, Autokraft GmbH, einen Sachstandsbericht zur Überplanung des Angebotes im Korridor Kiel - Rendsburg. Das Vorhaben laufe gem. dem in der Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses am 17.07.2015 seitens der Autokraft vorgestellten Zeitplanes ab.

Am 08.06.2016 sollen erste Ergebnisse im Ausschuss vorgestellt werden.

zu 7 Ausschreibung Überlandverkehre

Herr Nevermann erläuterte eingangs kurz die grundlegenden Projekte, die sich bereits mit Mobilität und Nahverkehr auseinandersetzen. Deren Erkenntnisse gelte es im Prozess der Ausschreibung der Überlandverkehre zu integrieren und über die Aufstellung eines neuen RNVPs das Leistungsangebot im ÖPNV, insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen des ländlichen Raumes im Zuge der demografischen Entwicklung, zukunftsfähig zu gestalten. Eine Übersicht über die einzelnen zeitlich zu planenden Schritte werde dem Protokoll beigelegt.

zu 8 Abschluss des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg VO/2015/538-001

Herr Dr. Krug stellte den Abschlussbericht zum Klimaschutzteilkonzept vor.

zu 9 Verschiedenes

Herr Breuer bezog sich darauf, dass in der Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses am 23.03.2016 über die Teilnahme der Kiel Region GmbH am Interessensbekundungsverfahren des MORO-Vorhabens „Lebendige Regionen – aktive Regionsentwicklung als Zukunftsaufgabe“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung berichtet worden sei.

Nach der erfolgreichen Bereisung im März 2016 sei das Vorhaben der Kiel Region GmbH Mitte April 2016 für die 2. Förderrunde ausgewählt und zur Vollertragsstellung bis zum 27.05.2016 aufgefordert worden. Bei erfolgreicher Antragsstellung sei der Projektstart auf August/September 2016 angelegt.

Die Kiel Region GmbH vergäbe aufgrund des engen Zeitrahmens das Aufsetzen des Fördervollantrags an einen externen Gutachter. Im Rahmen des MORO-Vorhabens würden dafür 5.000 Euro vom BBSR bereitgestellt. Im Rahmen der Ausarbeitung des Vollertrags werde die Projektskizze überarbeitet und ein Arbeits- sowie Zeitplan für das auf zwei Jahre angelegte Projekt erstellt.

Als Teil des Fördervollantrags würden vom Fördermittelgeber Mitwirkungsbescheide der Gebietskörperschaften und Kämmerer gefordert. Diese müssten noch eingeholt werden. Beschlüsse der politischen Gremien der Gebietskörperschaften würden nicht verlangt.

Herr Breuer berichtet ergänzend, dass am Vortag ein Treffen der Bürgermeister und Amtsvorsteher der Region stattgefunden habe, bei dem er die Themen des Regionalentwicklungsausschusses demografischer Wandel, Windenergie, Haltestellen und Barrierefreiheit vorgestellt habe.

Herr Tretbar-Endres hinterfragte die Zuständigkeit des Umwelt- und Bauausschusses für das Konzept der Barrierefreiheit bei Haltestellen. Der Vorsitzende wird dazu Kontakt mit dem Vorsitzenden des Umwelt- und Bauausschusses, Herrn Tank, aufnehmen.

Auf entsprechende Nachfrage kündigte Herr Breuer einen Sachstandsbericht zum Thema Schülerbeförderung für die folgende Sitzung an.

Weiterhin wurde über die erfolgreiche Vernichtung von Herkulesstauden durch die Beweidung mit Schafen in Ascheffel berichtet.

Eine weitere nichtöffentliche Beratung wurde als nicht erforderlich angesehen.